

Christian Albrecht
Pressesprecher

Vi.S.d.P.

Nr. 278/2000

Kiel, Donnerstag, 16. November 2000

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

In seinem Redebeitrag zu **TOP 13** (Stärkung des Wirtschaftsstandortes) sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der F.D.P.-Landtagsfraktion, **Dr. Heiner Garg**:

„Ich habe es unter anderem zwei jungen Damen zu verdanken, dass ich mein VWL-Studium erfolgreich abschließen konnte. Gemeinsam räumten wir die Stolpersteine Lineare Algebra und Analysis aus dem Weg.

Gemeinsam machten wir unser Examen. Eine Türkin, eine Griechin und ein Deutscher. Was aus mir geworden ist wissen Sie ja mittlerweile.

Aus den anderen beiden sind erfolgreiche Geschäftsfrauen geworden, die eine übernahm den elterlichen Betrieb mit acht – überwiegend deutschen – Angestellten.

Die andere ist Marketingleiterin eines pharmazeutischen Unternehmens.

Na und mag jetzt die ein oder der andere von Ihnen sagen. So etwas ist heute doch selbstverständlich.

Vielleicht ist es aber gerade diese Selbstverständlichkeit, warum dieser Aspekt in der gegenwärtigen Auseinandersetzung um die Zukunft des Einwanderungslandes Deutschland – meiner Auffassung nach – zuwenig Beachtung findet.

Das ändert überhaupt nichts daran, dass Solidarität und Zivilcourage von uns allen gefordert ist, wenn es darum geht, ewig Gestrigen die rote Karte zu zeigen.

Wir müssen uns aber vorsehen, dass in der gegenwärtigen Auseinandersetzung nicht der Eindruck entsteht, wir würden unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auf die Rolle des Opfers rechtsradikaler Gewalt in unserem Land reduzieren.

Wir dürfen nicht zulassen, dass mehr über die ebenso dümmlichen wie platten Parolen brauner Glatzen gesprochen wird, als über die Leistungen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

F.D.P. Fraktion im
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Landeshaus, 24171 Kiel
Postfach 7121
Telefon: 0431/9881488
Telefax: 0431/9881497
E-Mail: fraktion@fdp-sh.de
Internet: <http://www.fdp-sh.de>



Presseinformation

Und all jenen, die sich still und heimlich mit braunen Parolen identifizieren sage ich:

Angst um Arbeits- und Ausbildungsplätze, Angst um die Zukunft unserer Sozialen Sicherungssysteme müssten wir erst recht haben, wenn kein Ausländer mehr bereit wäre, ein Unternehmen in Deutschland zu gründen, wenn kein Ausländer mehr seinen Beitrag zu den Sozialversicherungssystemen leisten würde, wenn kein Ausländer mehr Steuern zahlen würde.

Warum aber sollte ein Ausländer bereit sein, hier bei uns sein Wissen, seine Arbeitskraft und sein Geld in den Aufbau eines Unternehmens zu investieren und damit Ausbildungs- und Arbeitsplätze zu schaffen, wenn er Angst um sein Leben oder das seiner Familie haben muss?

Das Engagement, die Risikobereitschaft und der Ideenreichtum ausländischer Arbeitgeber wie Arbeitnehmer haben in der Vergangenheit unser Land bereichert, haben aktiv zu unserem heute erreichten Wohlstand beigetragen und das soll und muss auch in Zukunft so bleiben.

Die Feststellung, es geht gar nicht ohne den Beitrag ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger ist hierbei aber nur eine Seite derselben Medaille.

Auf der anderen muss das unmissverständliche Bekenntnis stehen:

Wir wollen es auch gar nicht anders!

Das was heute Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst und Kultur unseres Landes ausmacht und worauf wir zu Recht stolz sein können wurde bereits seit Jahrzehnten von ausländischen Mitbürgern mitgeprägt und weiterentwickelt.

Lassen Sie uns deshalb das an für sich Selbstverständliche in die aktuelle Auseinandersetzung mit einbeziehen.

Noch so lautes Gegröle von Rechts kann und wird nicht übertönen, welchen Beitrag ausländische Mitbürger für unsere Gemeinschaft in der Vergangenheit geleistet haben, heute leisten und auch in Zukunft leisten werden.

Wir alle zusammen sind nicht nur stimmungsgewaltiger – wir haben vor allem die besseren Argumente!“